

DIE RHEINPFALZ

Speyerer Rundschau

Samstag, 21. November 2020 | Jahrgang 76 | Nr. 272

D 5903 | Einzelpreis € 2,30

AUS DER PFALZ

Eulen Ludwigshafen auf der Suche nach neuer Spielstätte



Christian Klimek muss mit den Eulen Heimspiele in der Fremde bestreiten. FOTO: MORAY

LUDWIGSHAFEN. Ab Anfang Dezember muss sich Handball-Bundesligist Eulen Ludwigshafen eine neue Halle für seine Heimspiele suchen. Der Grund: Die Friedrich-Ebert-Halle wird zu einem Impfzentrum umfunktio­niert. „Gesundheit ist unser aller oberstes Gut“, betont Lisa Heßler, die Geschäftsführerin der Eulen. Die Art und Weise der Kommunikation im Vorfeld hat ihre aber gar nicht gefallen. Das hat die Geschäftsführerin der Eulen am Freitag in einem offenen Brief verdeutlicht. Sie sei erst am Dienstag telefonisch davon in Kenntnis gesetzt worden. „Von dieser Entscheidung wurden wir ohne Vorwarnung und Vorahnung, ohne die Chance, über den Zeitpunkt oder alternative Möglichkeiten sprechen zu können, vor allem aber ohne jeglichen Ansatzpunkt, wo die Eulen Ludwigshafen als sportliches Aushängeschild der Stadt Ludwigshafen und Rheinland-Pfalz ab sofort ihre Heimspiele austragen können, überrascht.“ Nicht nur sportlich sei es ein großer Nachteil. Aus finanzieller Sicht könne der Klub Heimspiele in anderen Hallen ohne Unterstützung nicht stemmen. |ssl **SPORT**

AKTUELL

Mehrere Staaten setzen auf Corona-Reihentests



Lange Schlangen bilden sich in Südtirol vor den Teststationen. FOTO: DPA

BOZEN/BRATISLAVA/WIEN. Immer mehr Staaten in Europa setzen im Kampf gegen die Pandemie auch auf Massentests. Im italienischen Südtirol lief am Freitag eine dreitägige, kostenlose Reihenuntersuchung an. Zum Auftakt bildeten sich dort lange Schlangen vor vielen Teststationen. Die Slowakei bereitet für 2. Dezember zum wiederholten Mal eine landesweite Corona-Massenuntersuchung vor. Österreich kündigte am Freitag für Anfang Dezember erste Massentests unter Lehrern und Polizisten an. Die kleine Alpen-Provinz Südtirol mit gut einer halben Million Menschen möchte bis zum Sonntag bei rund 350.000 Menschen einen Abstrich machen. Das wären zwei Drittel der Bürger. Der Antigen-Schnelltest dort ist freiwillig. Wer ein positives Ergebnis bekommt, aber beschwerdefrei ist, soll sich zehn Tage zu Hause isolieren. Mitmachen können Männer, Frauen sowie Kinder ab fünf Jahren. Das Testresultat soll nach spätestens einer halben Stunde vorliegen. Die Landesregierung in Bozen will mit der Aktion Virusträger aufspüren, die nichts von ihrer Infektion ahnen. Sie gelten als gefährliche Ansteckungsquelle. So soll die zweite Corona-Welle schneller gebrochen werden. |dpa

WETTER

Heute: Meist trocken

6°	8°	10°	9°
1°	6°	3°	3°
SA	SO	MO	DI

RHEINPFALZ IM NETZ

www.rheinpfalz.de
www.facebook.com/rheinpfalz



4 194928 802306

Als die Welt über die Täter des Holocaust richtete



FOTO DPA

Auschwitz ist das bekannteste, aber nur eines von Hunderten Konzentrations- und Vernichtungslagern, in denen das nationalsozialistische Deutschland monstroses Verbrechen beging. Sie wurden in den Nürnberger Prozessen aufgearbeitet, die vor 75 Jahren begannen. Daran erinnerte am Freitag Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Der Hauptkriegsverbrecherprozess war eine Revolution. Er schrieb nicht nur Rechtsgeschichte, er schrieb Weltgeschichte.“ Die alliierten Siegermächte machten 21 ranghohen Nazis, darunter Adolf Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, den Prozess. Am Ende standen zwölf Todesurteile. Die Aufarbeitung der Internierung und Ermordung von Millionen Menschen geht weiter. Derzeit sind bei deutschen Staatsanwaltschaften 13 Ermittlungsverfahren zu Verbrechen in KZ's anhängig. |kna/dpa

MEHR ÜBER DIE NÜRNBERGER PROZESSE MORGEN IM WISSENSTEIL DER RHEINPFALZ AM SONNTAG

Kurzarbeit: Verlängert bis Ende 2021

BERLIN. Mit ausgeweiteter Kurzarbeit soll auch im kommenden Jahr in Deutschland ein extremer Corona-bedingter Anstieg der Arbeitslosen Zahlen verhindert werden.

Der Bundestag beschloss am Freitag das sogenannte Gesetz zur Beschäftigungssicherung. Damit werden Sonderregeln zur Kurzarbeit über dieses Jahr hinaus bis Ende 2021 verlängert, was sowohl von Wirtschaftsverbänden als auch Gewerkschaften begrüßt wurde. Konkret beschlossen wurde, dass das Kurzarbeitergeld auch im kommenden Jahr ab dem vierten Bezugsmonat von seiner üblichen Höhe, nämlich 60 Prozent des Bruttolohns, auf 70 Prozent erhöht wird (für Berufstätige mit Kindern von 67 auf 77 Prozent). Ab dem siebten Monat in Kurzarbeit soll es weiterhin 80 beziehungsweise 87 Prozent des Lohns geben. Minijobs bis 450 Euro bleiben bis Ende 2021 generell anrechnungsfrei.

Auch die Überbrückungshilfen für Studierende werden bis zum Ende des Wintersemesters 2021 wieder eingesetzt. Daneben soll auch der Studienkredit der KfW bis Ende 2021 zinsfrei bleiben. Anträge für die nicht rückzahlungsfähigen Zuschüsse könnten ab sofort gestellt werden, sagte Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) in Berlin. Die Überbrückungshilfe war von Juni bis September insgesamt 155.000 Mal ausbezahlt, der zinsfreie KfW-Studienkredit zwischen Mai und November 30.000 Mal zugesagt worden. |dpa

Länder erwägen längeren Teil-Lockdown

In den Beratungen über den Kampf gegen die Corona-Pandemie zeichnet sich eine Verlängerung der derzeit geltenden Beschränkungen ab. Auch die Weihnachtsferien könnten ausgeweitet werden.

BERLIN/MAINZ. Bis kurz vor Weihnachten könnten die Corona-Beschränkungen andauern, die eigentlich Ende November auslaufen sollten. Das berichteten am Freitag mehrere Medien unter Berufung auf Regierungskreise in den Bundesländern. Ist das Infektionsgeschehen nach Weihnachten nicht im Griff, sollen zudem nach Willen der SPDgeführten Länder und einiger CDU-Länder die Winterferien bundesweit bis 10. Januar verlängert werden, berichtete das Wirtschafts­magazin „Business Insider“.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte in Mainz: „Schon jetzt lässt sich sagen, dass wir über die kommenden Monate ganz sicher weiter mit Einschränkungen werden leben müssen.“ Die Länder bereiten zurzeit „sehr vertrauensvoll und konstruktiv“ die Besprechung mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am kommenden Mittwoch vor. „Dies soll Perspektiven im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für Dezember und Januar eröffnen, um den Menschen mehr Planungssicherheit zu geben“, erläuterte Dreyer, ohne konkrete Einzelheiten zu nennen.

Unterdessen erreichte die Anzahl

der Neuinfektionen am Freitag einen Höchststand. Die Gesundheitsämter meldeten dem Robert-Koch-Institut 23.648 neue Corona-Infektionen binnen 24 Stunden. Regierungssprecher Steffen Seibert nann-

ZUR SACHE

Biontech-Impfstoff: Antrag auf Zulassung in den USA

Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer wollen bis zum Wochenende bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragen, wie beide am Freitag mitteilten. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. „Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“, sagte eine Sprecherin von Biontech in Mainz. Falls der Wirkstoff zugelassen werde, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA Mitte bis Ende Dezember mit dem Impfstoff versorgt werden. Laut den Unternehmen bietet dieser einen 95-prozentigen Schutz vor Covid-19. |dpa

te die Zahlen noch „weit, weit zu hoch“. Sie seien bislang nicht auf ein ausreichend niedriges Niveau gebracht worden. „Wir haben im Grunde nur den ersten Schritt bisher geschafft, also den starken, steilen, exponentiellen Anstieg zu stoppen und eine Stabilisierung zu erreichen.“ Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) sprach sich mit Blick auf den Bund-Länder-Gipfel dafür aus, besonders die Schulen in den Blick zu nehmen. Es gehe darum, Kontakte zu reduzieren und die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. Sie trügen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei. Vor allem in den weiterführenden Schulen müsse „alles getan werden, um die Abstandsregeln einzuhalten“.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat indes die Quarantä­nepflicht in Nordrhein-Westfalen für Auslandsrückkehrer aus Risikogebieten gekippt. Nach Ansicht des Gerichts hat das Land nicht berücksichtigt, dass Reisende bei der Rückkehr aus Ländern mit geringeren Infektionszahlen als an ihrem Wohnort nach der Heimkehr einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt seien. |dpa

SÜDWEST

Grüne: Baerbock geht auf Arbeiter in Industrie zu

BERLIN. Bei ihrer Eröffnungsrede zum Beginn des dreitägigen Grünen-Bundesparteitags, der im Internet stattfindet, betonte die Ko-Bundesvorsitzende Annalena Baerbock die Wichtigkeit des sozialen Ausgleichs beim Klimaschutz.



Annalena Baerbock bei ihrer Rede im Internet. FOTO: DPA

Baerbock, die die Bundespartei zusammen mit Robert Habeck führt, bezeichnete den Kampf gegen den Treibhauseffekt als die „wichtigste Aufgabe unserer Generation“. Sie mahnte zugleich ihre Parteifreunde, die Ängste von Menschen an traditionellen Industriestandorten, die ihre Arbeit und ihr gewohntes Leben durch Klimaschutzmaßnahmen und Umbauprozesse gefährdet sähen, ernst zu nehmen. Die Crux dabei sei, dass diese „wissen, was sie verlieren können.“ Was sie dabei gewinnen könnten, sei ihnen nicht so klar. Baerbock hob hervor, in ihrer Partei gebe es das Bewusstsein, dass man eine ökologische Marktwirtschaft nicht im Alleingang bauen könne. Deshalb wende sich auch das neue Grundsatzprogramm, das nun beschlossen werden soll, an „die Breite der Gesellschaft“. |blt

Rechtsextreme: Maas besorgt

BERLIN. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat vor einer zunehmenden internationalen Vernetzung von gewaltbereiten Rechtsextremisten gewarnt. „Der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung unserer Sicherheit – europaweit“, erklärte Maas am Freitag auf Twitter mit Blick auf eine von seinem Ministerium in Auftrag gegebene Studie. Demnach hat sich vor allem seit 2014 eine „führerlose, transnationale, apokalyptisch gesinnte“ Bewegung Rechtsextremer entwickelt. Als Kontaktmittel zwischen den einschlägigen Gruppen oder Personen werden spezielle Internetdienste, aber auch Kampfsport, Märsche, Kundgebungen oder Musikveranstaltungen genannt. Maas zeigte sich besorgt: „Die Szene agiert und vernetzt sich zunehmend international“, sagte er der Zeitung „Welt“. Bisher sei wenig erforscht gewesen, „wie und über welche Kanäle sich Rechtsterroristen verbinden“. |apf

Dunkle Schatten des Missbrauchs

Warum deutsche Katholiken verärgert sind und der Hamburger Erzbischof ein Ehrenamt ruhen lässt

VON ANNE-SUSANN VON EHR

Gesprächsstoff gibt es genügend am Freitag und Samstag bei der digitalen Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK): Der Ökumenische Kirchentag 2021 in Frankfurt steht auf der Kippe, gegenüber dem Reformprozess namens „Synodaler Weg“ werden vom Vatikan Mauern errichtet. Und der Hamburger Erzbischof Stefan Heße, der seit 2016 das oberste Gremium katholischer Laien in geistlichen und theologischen Fragen berät, lässt sein Ehrenamt als Geistlicher Begleiter ruhen. Er pausiert, aber nicht ganz freiwillig.

Hintergrund dieser Entscheidung sind Vorwürfe, wonach Heße in seiner Zeit als Personalchef im Erzbistum Köln Missbrauchsfälle vertuscht haben soll. Der 54-Jährige, seit 2015 Erzbischof von Hamburg,

bestreitet das. Genannt wird Heße neben weiteren hohen Würdenträgern in einer bisher nicht veröffentlichten Studie zu sexuellem Missbrauch in der Erzdiözese Köln – erstellt von der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl.

Bbeauftragt hatte die Juristen vor zwei Jahren der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki mit pathetischen Worten: „Nur wenn wir ehrlich und aufrichtig sind, wird uns wieder Vertrauen geschenkt.“ Auch hohe Würdenträger sollten ins Visier genommen werden, die zu einer Zeit Verantwortung trugen, in der schwere Missbrauchsfälle vertuscht wurden. Damit endlich Namen genannt werden. Doch im März dieses Jahres stoppte Woelki die Veröffentlichung des Gutachtens, dann ließ er es in der Versenkung verschwinden. Begründung: Die Studie „verfehlt die Mindeststandards einer juristischen



Streitet die Vorwürfe, er habe einiges unter den Teppich gekehrt, ab: Erzbischof Stefan Heße. FOTO: DPA

Begutachtung in mehrfacher Hinsicht“.

Übrigens: Das Bistum Aachen hat vor kurzem ein Gutachten über Missbrauch öffentlich gemacht, das dieselbe Münchner Kanzlei erstellt hat. Darin erhalten diejenigen Kirchenverantwortlichen, die Missbrauchsfälle unter den Teppich gekehrt hatten, Namen und Gesichter.

Das ZdK will sich nicht damit zufriedengeben, dass Heße sein Ehrenamt ruhen lässt. Das Gremium hat am Freitag Kardinal Woelki aufgefordert, das von ihm zurückgehaltene Missbrauchsgutachten offenzulegen und Transparenz zu schaffen.

Seit der Aufdeckung des großen Missbrauchsskandals 2010 ist die katholische Kirche in Deutschland mit der Aufarbeitung solcher Straftaten und deren systematischer Vertuschung befasst. Doch bislang ist kein Bischof zurückgetreten.